

Bei Transit-Lösung hofft Tirol auf Norbert Hofer

2,25 Millionen Lkw wurden 2017 an der Zählstelle Schönberg am Brenner gezählt. Dieser Rekordwert ist das Produkt der schwarz-grünen Verkehrspolitik, kritisiert Tirols FPÖ-Obmann Markus Abwerzger und setzt auf den FPÖ-Infrastrukturminister als Verbündeten im Kampf gegen den Transit. **S. 13**



Foto: FPÖ Tirol

Mehr Sachlichkeit gegenüber der FPÖ

FPÖ-Generalsekretärin Marlene Svazek kritisiert „Schlagzeilenjournalismus“

S. 2/3



SPÖ-Versäumnisse in drei Wochen erledigt!

HC Straches Abrechnung mit den „Jammersozialisten“ – Seiten 4 bis 6

PARLAMENT

Informationsvermeidung

Mit dem Interpretations-Spielchen zum Wort „konzentriert“ drückten sich die meisten heimischen Medien davor, ihre Leser über die Vorschläge von FPÖ-Innenminister Herbert Kickl zur Verhinderung des Asylmissbrauchs informieren zu müssen. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

Erdogan provoziert

Weil die Neuauflage der großen Koalition in Deutschland die Bedenken Österreichs zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei teilt, lässt Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan Minister und Presse gegen die „Feinde der Türkei“ ausrücken. **S. 8/9**

WIEN

Rote Sozialpleite

Für die nach Wien strömenden Asylwerber war der rot-grünen Stadtregierung nichts zu teuer. Jetzt aber werden Wiener Mindestsicherungsbeziehern eine versprochene Nachzahlung sowie die Anpassung der Sozialleistung vorzuenthalten. **S. 11**

MEDIEN

Peinliche Umfrage

Nicht einmal die Hälfte der heimischen Journalisten sieht laut einer Umfrage ihre Aufgabe noch darin, die Leser neutral zu informieren. Der politisch-korrekte Belehrungsjournalismus und öffentliche Selbstverwirklichung sind das neue Berufsethos. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Österreichs Journalisten haben das peinliche Ergebnis einer Umfrage zu ihrem Berufsethos in den letzten Tagen gleich mehrfach brutal bestätigt.

Sei es die – bestenfalls als eigenwillig zu bezeichnende – Interpretation einer Aussage des Innenministers, die ungeprüfte Übernahme von SPÖ-Anwürfen gegen die FPÖ oder die doppelböde Moral bei der Bewertung von Showeinlagen auf Parteiveranstaltungen.

Grenzenlos lächerlich

Aber es geht ja nicht um Information, sondern um die Belehrung der Leserschaft, dass sie als Wähler versagt und somit der FPÖ die Teilhabe an einer Koalitionsregierung ermöglicht hat.

Da übersieht man dann schon einmal, dass der Erlass zu den „Mängelberufen“, mit dem jetzt laut SPÖ-Chef Kern mehr als 150.000 Ausländer ins Land kommen, von seinem SPÖ-Sozialminister Stöger stammt und von Rot-Schwarz durchgewunken wurde.

Da ist es unerheblich, dass die Gruppe „dramatical theatre“ schon beim ÖVP-Wahlkampfauftakt 2013 oder bei der SPÖ in Wien Döbling aufgetreten ist. Aber ihr Erscheinen beim FPÖ-Wahlauftakt in Tirol lässt Nazi-Parteitagassoziationen in den Blättern der Guten und Korrekten sprießen.

Ihre Kollegen in ausländischen Medien, etwa bei „Die Zeit“, trommeln bereits, dass in Österreich über die FPÖ, eine „von ehemaligen Nazis gegründete Partei“, die braune Gefahr zurück sei.

Andreas Unterberger nennt das treffend eine „konzentrierte Real satire“, die aufzeigt, dass sich die Grenzen der Lächerlichkeit ins Grenzenlose ausdehnen lassen.

FPÖ: Kritik an „Schlagzeile“

Neue FPÖ-Generalsekretärin Marlene Svazek appelliert an Medien zu m

Am vergangenen Freitag hat die Bundesparteileitung der FPÖ Marlene Svazek zur neuen Generalsekretärin der Freiheitlichen gewählt. Bei ihrer Präsentation am Montag ging Svazek mit den Medien hart ins Gericht: Diese würden mit zweierlei Maß messen und bei der FPÖ mehr auf Schlagzeilen als auf Sachlichkeit abzielen.

FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache hat am vergangenen Montag zusammen mit FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky die Salzburger Landesparteiobfrau Marlene Svazek als zweite Generalsekretärin präsentiert. Die 25-jährige Nationalratsabgeordnete folgt in dieser Funktion Herbert Kickl, dem nunmehrigen Innenminister.

„Auf der einen Seite gibt es Harald Vilimsky, der schon lange zu meinen Vertrauten zählt, und auf der anderen Seite den jungen frischen Wind aus Salzburg. Ein gutes Gespann, das sich sehr gut kennt und eingespielt ist“, betonte der FPÖ-Obmann.

Rückkehr zur Sachlichkeit

Ihre Aufgabe skizzierte Svazek als „Schnittstelle zwischen den freiheitlichen Regierungsmitgliedern und den FPÖ-Organisationen“ fungieren zu wollen. Zugleich will sie aber auch als Bollwerk für die Regierung wirken, um Störgeräusche und politische Angriffe von außen abzuwehren. Als solche identifizierte sie die künstlichen Aufregungen über eine Aussage von Innenminister Herbert Kickl oder über den Auftritt der Gruppe „Dramatical Theatre“ beim Wahlkampfauftakt der Tiroler Freiheitlichen.

„Ich würde mir wünschen, dass es in diesem Land vielleicht eine Art kommunikationspolitische Zäsur gibt. In den letzten Tagen wurde unvollständig berichtet – damit man der erste ist, der irgendwelche Aufreger produzieren kann, damit man der erste ist mit Schlagzeilen.“

In diesem Zusammenhang appellierte sie an die Medienvertreter, in Sachen FPÖ zu einer „ausführlichen, kritischen, aber unaufgeregten Berichterstattung“ zurückzufinden. Die FPÖ werde jedenfalls „entschleunigend, voll umfassend und sachlich informieren“.

Rote „Fake-News“

Dem schloß sich FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache an, der auf die „unkontrollierte Übernahme von Fake-News“ der SPÖ durch die Medien reagierte. Etwa der Vorwurf, die neue Regierung würde angeblich mehr als 150.000 Ausländer ins Land holen, sei in Wahrheit noch auf einen Beschluss von SPÖ-Sozialminister Alois Stöger zurückzuführen.

„SPÖ-Chef Christian Kern schiebt jetzt den Beschluss seines Sozialministers der FPÖ in die Schuhe. Silberstein ist gegangen, aber das ‚Dirty Campaigning‘ ist



FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache und Landesparteiobfrau Marlene Svazek wird

geblieben – und die Medien übernehmen das völlig unkontrolliert und unkommentiert“, wunderte sich HC Strache.

„Justizflüchtling Pilz“

In die Medienkritik stimmte auch Generalsekretär Harald Vilimsky ein, der diese an Artikeln zur Rückkehr von Peter Pilz in den Nationalrat festmachte.

Für Pilz würden die strengen Maßstäbe, die er anfangs mit seinem Mandatsverzicht an sich selbst legte, nun plötzlich nicht mehr gelten. Die „Liste Pilz“ entlarve sich damit als



SPITZE FEDER Neue Gesichter im „schwarzen Block“.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

enjournalismus“

mehr „kritischer, aber sachlicher“ Information



...e mit seinem neuen „Bollwerk“ in der Parteizentrale: Salzburgs FPÖ-Landtagszusammen mit Harald Vilimsky das Generalsekretariat führen.

„Belästigungsgrüne, die unter dem Segel des Peter Pilz unterwegs sind“. Darüber hinaus sah Vilimsky Pilz auch als „Justizflüchtling“. Denn diesem drohten zahlreiche offene Verfahren aus seiner Abgeordnetenzeit, etwa wegen übler Nachrede, Verdachts der Verleumdung oder wegen verbotener Veröffentlichung. Durch den Wiedereinzug ins Parlament würde Pilz erneut die parlamentarische Immunität erlangen und könne sich damit diesen Verfahren entziehen, betonte Vilimsky: „Aber das ist den Medien anscheinend entgangen.“

HINTERGRÜNDE

FPÖ-Generalsekretärin **Marlene Svazek** (25) stammt nach eigenen Aussagen aus einem eher unpolitischen Elternhaus. Nach der Matura wurde sie Funktionärin im Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) und arbeitete zwei Jahre als Referentin im Salzburger FPÖ-Landtagsklub. Nach einem Jahr als Assistentin im EU-Parlament wurde sie 2015 zur Landespartei sekretärin und im Juni 2016 zur Landesparteiobfrau der FPÖ Salzburg gewählt.

KURZ UND BÜNDIG



Gratulation an Europameister

Sportminister HC Strache gratulierte dem österreichischen Herren-Hockey-Team zum Sieg bei der Hallen-Hockey-EM in Antwerpen. „Das ist eine ganz großartige Leistung. Damit holt sich Österreich diesen Titel bereits zum zweiten Mal“, betonte Strache. Der Einsatz der Mannschaft sei vorbildlich und zeige, dass Österreichs Sportler in vielen verschiedenen Disziplinen Höchstleistungen erbringen könnten. „Unsere Spieler dürfen zu Recht sehr stolz sein auf diesen Titel“, erklärte der Vizekanzler.

Plötzlich „faschistoid“?

Wegen der nicht enden wollenden Hetze gegen den Auftritt von „Drumactical Theatre“ beim Wahlkampfauftakt der FPÖ Tirol rief FPÖ-Generalsekretärin Marlene Svazek (Bild) zur Rückbesinnung zur Vernunft auf: „Die Gruppe begeisterte am Nova Rock-Festival, trat am Döblinger SPÖ-Ball auf – in derselben Aufmachung wie in Tirol – und beim ÖVP-Wahlauftakt unter Michael Spindelegger. Jetzt ist sie plötzlich böse und ‚faschistoid‘. Dieses Messen mit zweierlei Maß ist unerträglich und nur mehr lächerlich.“



Neuer FJ-Bundesobmann

Beim Bundesjugendtag der Freiheitlichen Jugend in der Pyramide in Vösendorf wurde vergangenen Freitag der Wiener Maximilian Krauss (Bild) von den Delegierten einstimmig zum neuen Bundesobmann gewählt. Er folgt damit auf den nunmehrigen FPÖ-Spitzenkandidaten für die niederösterreichische Landtagswahl, Udo Landbauer. Der oberösterreichische FPÖ-Bundesrat Michael Raml wurde zum geschäftsführenden FJ-Obmann gewählt. Erfreut zeigte sich Krauss, dass zahlreiche Positionen der FJ – differenziertes Schulsystem, Aufwertung der Lehre – Einzug ins Regierungsprogramm fanden.



AUFSTEIGER ↗



FPÖ-Vizekanzler **HC Strache**, der auf die Anschüttungen der „Jammersozialisten“ von Ex-Kanzler Christian Kern mit Fakten reagiert: Sämtliche Vorwürfe treffen die SPÖ, da sie für die „aufgezeigten“ Probleme verantwortlich war.

ABSTEIGER ↘



SPÖ-Chef **Christian Kern**, der der FPÖ vorwirft, die Einwanderung entgegen ihren Wahlversprechen anzukurbeln. Er unterschlägt dabei, dass die entsprechende Verordnung vom Genossen Stöger stammt und von der SPÖ durchgewunken wurde.



BILD DER WOCHE Der „Aufreger“ der Woche: Der Auftritt der Gruppe „Drumactical Theatre“ beim Tiroler FPÖ-Wahlkampfauftakt.

„Bruno Kreisky würde HC Strache und

HC Strache: „Wir haben in nur drei Wochen bereits mehr Reformen für die Bürger umgesetzt als

Die FPÖ hat am Samstag in Vösendorf ihr traditionelles Neujahrstreffen abgehalten, die erste Großveranstaltung nach dem Koalitions-Eintritt. Vor mehr als 5.000 Besuchern standen der neue Regierungsstil und die kommenden Landtagswahlen in Niederösterreich, Tirol, Kärnten und Salzburg im Mittelpunkt der Reden.

Die FPÖ ist in der Regierung, und das noch dazu erfolgreich. Diese Einschätzung ließ sich auch am Besuch des Neujahrstreffens in der „Pyramide“ in Vösendorf ablesen. Mehr als 5.000 Besucher strömten in die Veranstaltungshalle südlich von Wien.

Die „John Otti Band“ stimmte die Gäste ab 9.00 Uhr mit Schlagern auf die Ankunft der Parteispitze ein, die bei ihrem Einmarsch mit tosendem Applaus begrüßt wurden.

In seinen einleitenden Worten gab der FPÖ-Klubobmann und Niederösterreichs Landesobmann Walter Rosenkranz seiner Hoffnung Ausdruck, dass mit Hilfe der FPÖ-Minister das Brechen der absoluten ÖVP-Mehrheit bei der Landtagswahl möglich sei. Seine ironische Bitte daher an Infrastrukturminister Norbert Hofer: „Lieber Norbert, könntest du dich einmal darum kümmern, dass die Straßen in Niederösterreich nicht mehr ÖVP-schwarz sondern nur noch normal asphaltiert werden?“

Brechen der ÖVP-Absoluten

Die Bühne nutzte dann auch der Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 28. Jänner, Udo Landbauer, um seine Ziele an die Wähler zu bringen. Vorrangig gehe es ihm darum, die absolute Mehrheit der ÖVP zu brechen. Dabei könnte man, wie Umfragen derzeit signalisieren, das bisher beste Landtagswahlergebnis aus dem Jahr 2008 von 16 Prozent nicht nur erreichen, sondern sogar noch übertreffen.

Dies nicht nur, so Landbauer, weil das „Team Stronach“, wie überall in Österreich, implodiert sei, sondern weil es einen gravierenden Unterschied zur Bundesebene gebe: „Die ÖVP Niederösterreich hat das Schwarzsein erfunden. Da ist auch

unter Johanna Mikl-Leitner von Türkis keine Spur, da ist kein Reformwille vorhanden.“

Die bessere soziale Partei

Von Reformwillen auf Bundesebene in der ÖVP-FPÖ-Koalition schwärmte im Anschluss der hörbar erkältete, aber nicht weniger souverän agierende Bundesparteiobmann HC Strache: „Uns Freiheitlichen ist das gelungen, was die SPÖ in der großen Koalition seit Jahren erfolglos versucht hat – nämlich die Österreicher zu entlasten.“

„In den letzten Jahren haben wir nur Steuerbelastungen und Diskussionen über neue Steuern erleben müssen. Da war keine soziale Verantwortung.“

Deshalb sei es verständlich, weshalb die FPÖ vor allem von der SPÖ Wähler angezogen habe: Weil die Freiheitlichen die besseren Sozialdemokraten seien: „Die Genossen sind die letzten zwölf Jahre gescheitert, haben soziale Kälte hinterlassen. Wir werden soziale Wärme, Gerechtigkeit und Fairness in unserem Land zurückbringen.“



Ein erster Ansatz dazu sei der geplante Familienbonus Plus von 1.500 Euro Steuerentlastung pro Kind, der den „roten Faden der freiheitlichen Familienpolitik“ darstelle: „Das ist eine Investition in unsere Zukunft, denn wer Kindern das Leben schenkt, schenkt auch unserer Heimat, unserem Staat, der Republik eine Zukunft. Diese Men-

schen verdienen Entlastung – wir geben Sie Ihnen!“

Dem sollen eine Reihe weiterer Erleichterungen folgen, versprach Vizekanzler HC Strache. Er verwies dazu auf das Vorhaben, allen, die 40 Jahre gearbeitet haben, eine Nettopension von mindestens 1.200 Euro zu ermöglichen. Auch eine gerechte Erhöhung des Pflegegeldes



Die FPÖ-Regierungsmitglieder, Garanten für Reformen mit sozialem Augenmaß für die Österreicher.

„Wählen die FPÖ“ die SPÖ in den vergangenen zwölf Jahren!“



Gute Kompromisse für's Land

Dass die FPÖ in der Koalition ihr Programm nicht zu 100 Prozent umsetzen könne, räumte HC Strache ein: „Hätten wir die absolute Mehrheit, naja, dann könnten wir es wie der Orban machen.“ Aber nachdem die FPÖ bei der Wahl nicht ganz so erfolgreich gewesen sei wie der ungarische Regierungschef, sei es notwendig, auch da oder dort Abstriche zu machen.

In den Koalitionsverhandlungen habe man sich keinesfalls über den Tisch ziehen lassen. „Wir sind aus anderem Holz geschnitzt“, betonte der FPÖ-Chef mit Blick auf die erste Auflage von Schwarz-Blau im Jahr 2000. Es gehe darum, Lösungen zu präsentieren, auf die man sich gemeinsam geeinigt habe, bemerkte HC Strache und verwies auf das Motto der neuen Koalition: „Zusammen für unser Österreich!“

Sicherheit für die Österreicher

Für Österreich bedeute auch, dass die Regierung die illegale Einwanderung nach Österreich stoppen werde, hob der Vizekanzler hervor. Innenminister Herbert Kickl werde die Grenzen sichern, sollte das notwendig sein, auch „innerhalb von 24 Stunden“: „Es ist es uns wichtig, in Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft, in der Verantwortung gegenüber unseren österreichischen Staatsbürgern sicherzustellen, dass es zu einem Stopp der illegalen Einwanderung kommt und dass wir die Grenzen schützen.“

Kritik gab es dazu für die Medien, die Kickl wegen dessen Aussagen über die „konzentrierte“ Unterbringung von Asylwerbern in Großquartieren eine „Nazi-Diktion“ vorgehalten haben. Aber damit lasse sich der blaue Reformzug nicht stoppen: „Ich selbst habe als Vizekanzler Regierungsverantwortung übernommen. Und ich übernehme die Verantwortung, dass diese Regierung funktionieren wird. Das verspreche ich euch, das verspreche ich Österreich. Glück auf!“

stellte der Vizekanzler in Aussicht.

Von Kreisky zu Kern

„Bruno Kreisky würde heute HC Strache und die FPÖ wählen“, bemerkte der FPÖ-Bundesparteiobmann zu den sozialpolitischen Vorhaben der Freiheitlichen. Er habe schon erwartet, dass SPÖ-Chef Christian Kern bei ihm anrufen und ihn fragen würde: „Herr Strache, wie machen sie das: Entlastungen zu schaffen, nachdem die SPÖ zwölf Jahre behauptet hat, die ÖVP blockiere alle Forderungen?“

Kritik von Kern an den Plänen der Bundesregierung – etwa der Arbeitszeitflexibilisierung – wies der Vizekanzler mit einer „Erinnerungsauffrischung“ an den SPÖ-Chef zurück: Dieses Vorhaben sei auch in Kerns nicht umgesetzten „Plan A“ gestanden, die FPÖ setze das nun um, und Kern ärgere sich darüber. „Die Prinzessin muss sich noch die Krone richten, die nach der Wahl ein bisschen verrutscht ist“, bemerkte HC Strache ironisch in Richtung des Ex-Kanzlers.

„Wir werden sicherstellen, dass keine Einwanderung mehr in den österreichischen Sozialstaat stattfindet.“



Die beiden Wahlkämpfer Udo Landbauer (oben) und sein Landeschef Walter Rosenkranz (unten) wiesen auf die Differenzen zwischen der türkisen Bundes- und der tiefschwarzen Landes-ÖVP hin.



Junge Führungsmannschaft (oben) in bester Laune: Klubobmann Johann Gudenus (r.) mit den beiden Generalsekretären Marlene Svazek und Harald Vilimsky. Südtiroler Delegation (unten) in Vösendorf: Sven Knoll (l.) „Südtiroler Freiheit“ und Hannes Zingerle „Die Freiheitlichen“.



Das freiheitliche Erfolgsgespann:
HC Strache (mit Gattin Philippa) und
Norbert Hofer.



Walter Rosenkranz mit zwei regierungserfahrenen Ober-
österreichern: Landtagsklubobmann Herwig Mahr (l.) und
der Welsler Bürgermeister Andreas Rabl.



Gute Laune unter Steirerinnen: So-
zialminister Beate Hartinger-Klein
und die Siegerin von Herbert Kickls
Facebook-Gewinnspiel.



Zwei der mehr als 5.000 begeisterten
FPÖ-Sympathisanten beim Neujahrstreffen.



Wahlkämpfende Spitzenkandidaten unter
sich: der Tiroler Markus Abwerzger und
Niederösterreichs Udo Landbauer.



Zum Abschluss wurde – auch von den Regierungsgliedern – mit Begeisterung die frei-
heitliche Hymne „Immer wieder Österreich“ angestimmt.



„Konzentrierte“ Desinformation

Künstlicher Skandal über Asyl-Maßnahmen des FPÖ-Innenministers

In der ganzen Aufregung gingen die geplanten Maßnahmen zur Eindämmung des Asylrechtsmissbrauchs völlig unter.

„Es ist nur ein Begriff, diese Grundversorgungszentren, für eine entsprechende Infrastruktur, wo es uns gelingt, diejenigen, die in ein Asylverfahren eintreten, auch entsprechend konzentriert an einem Ort zu halten, weil es unser gemeinsames Interesse sein muss, sehr, sehr schnell auch zu einem entsprechenden Ergebnis zu kommen.“ Aus diesem Satz bei der Pressekonferenz zur Asylbilanz 2017 drechselte ein Mitarbeiter der Austria Presseagentur (APA) den Vorwurf, FPÖ-Innenminister Herbert Kickl wolle Asylwerber in „Konzentrationslager“ stecken. Die linke Medienmeute folgte der Fährte willig.

Scharfer Maßnahmenkatalog

Untergegangen sind aufgrund dieser künstlichen Aufregung die Vorhaben des FPÖ-Ministers zur Eindämmung des Asylmissbrauchs. „Als Bundesminister werde ich von politischer Seite aus alles tun, um die illegale Migration zu stoppen, die Asylverfahren zu beschleunigen und die Rückkehr abgelehnter Asylwerber in ihre Herkunftsländer



Foto: NEZ



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Innenminister Kickl will den Missbrauch des Asylrechts abstellen.

zu forcieren“, betonte Kickl unter Verweis auf die niedrige Asylanerkennungquote des Vorjahres.

So will er jetzt Maßnahmen setzen, die den Behörden helfen, schneller abzuklären, ob ein Asylantrag gerechtfertigt ist, und ob Österreich für die Prüfung des Antrages überhaupt zuständig ist.

Geplant ist außerdem ein Zugriff auf Mobiltelefon-Daten von Asylwerbern. Dabei gehe es ausschließlich um das Auslesen der Geodaten, sodass ausgeforscht werden könne, woher jemand tatsächlich kommt und über welche andere Länder und welchen EU-Staat er nach Österreich gelangt ist.

Grundsätzlich sollen bei den Mitwirkungspflichten der Asylwerber „die Zügel angezogen werden“, betonte Kickl. Das solle auch für die Altersangabe gelten, bei der sich 2017 rund 40 Prozent der „minderjährigen“ Asylwerber absichtlich jünger gemacht hätten.

Auch die „Heimaturlaube“ der Asylanten will Kickl abstellen: „Wir werden prüfen, ob ein solches Verhalten mit dem automatischen Verlust des Asylstatus sanktionierbar ist. Gleiches gilt für Asylberechtigte, die kriminell werden.“ Zudem soll die Zeit einer Haftstrafe nicht mehr als „Aufenthaltsverfestigung“ gewertet werden.

In die Schlagzeilen hat es dieser Tage die Fachkräfteverordnung geschafft. Das ist eine Verordnung, die jährlich vom Sozialministerium kundgemacht wird: Für 2018 sind 27 Mangelberufe wie zum Beispiel „Datenverarbeiter“ oder „Krankenpflegerin“ ersichtlich. Diese Verordnung war nie in der öffentlichen Debatte, zumal sie ein Rechtsinstitut der geordneten und qualifizierten Einwanderung ist – und nicht eines der unkontrollierten.

Linke Verzweiflung

Dass die SPÖ nun der FPÖ vorwirft, 150.000 Fremde mehr ins Land zu holen, ist aus mehreren Gründen interessant. Zunächst, weil die Verordnung für 2018 noch von SPÖ-Minister Alois Stöger stammt. Zum Zweiten, weil der Vorwurf aus dem Mund von SPÖ-Chef Christian Kern besonders pikant ist. War das nicht jener ÖBB-Chef, der am Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“ zigtausende Fremde auf Kosten der Steuerzahler nach Österreich und Deutschland chauffiert hat? Drittens, weil die Zahl 150.000 nicht aus der Verordnung hervorgeht.

Vor diesem Hintergrund aus Unwahrheiten und Stimmungsmacherei geht aber etwas sehr Wesentliches hervor, nämlich die Strategie der SPÖ, wie sie an die Macht zurückkehren will. Offensichtlich spekuliert man dort auf ein baldiges „Knittelfeld“ und ein Ende der ÖVP-FPÖ-Koalition. Mehr hat die SPÖ nicht zu bieten.

Dass diese Strategie eine Chance auf Realisierung hat, ist unwahrscheinlich, zumal die FPÖ in den Umfragen besser liegt als bei der Wahl und ihr Kurs auch bei den anstehenden Landtagswahlen bestätigt werden wird.

Rieder
Aschermittwoch

Mittwoch, 14. Feb. 2018
Ried im Innkreis, Jahnturnhalle

Einlass: 17.30 Uhr, Beginn: 19.00 Uhr
Begrenzte Besucherzahl. Platzkarten besorgen!

Kartenbestellung: FPÖ-Büro Ried i.l.
Mo bis Do von 8 - 12 Uhr
07752 / 82817 · bezirk-ried@fpoe.at

**PLATZKARTEN
AB 2. JÄNNER**

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



Harald Vilimsky

Brexit: Abstimmen, bis der Arzt kommt?

Als sich die Briten im Juni 2016 für das Verlassen der EU ausgesprochen haben, war das für die Eurozentristen ein Schock: Sie konnten nicht verstehen, warum die Bürger eines Landes diese EU nicht so großartig finden wie sie selbst. Andererseits, weil damit auch die „immer engere Union“ in Frage gestellt war. Der sukzessive Transfer von Macht weg von den Nationalstaaten und ihren Menschen hin zu einer zentralistischen Bürokratie in Brüssel war ins Stocken gekommen. Aber nur kurz.

Seither wurde der Integrationsdruck massiv erhöht. EU-Finanzminister, Transferunion, Währungsfonds, Ausweitung des EU-Budgets, flächendeckende Einführung des Euro, transnationale Listen für die EU-Parlamentswahl, gemeinsame Asylpolitik oder Verteidigungsunion. Alles Themen, die seit dem Brexit-Referendum gepusht wurden und sich in unterschiedlichen Stadien der Umsetzung befinden.

Gleichzeitig macht es Brüssel den Briten in den Austrittsgesprächen alles andere als leicht. Als die Franzosen 2005 gegen eine EU-Verfassung stimmten, wurde der Inhalt neu verpackt und im Vertrag von Lissabon ohne weiteres Referendum eingeführt. Der Lissabon-Vertrag wurde in Irland via Referendum abgelehnt, ein Jahr später wiederholt – mit gegenteiligem Ergebnis. So setzt Brüssel nun auch diesmal auf ein zweites Referendum der Briten. In der Hoffnung, dann endlich das „richtige“ Ergebnis zu erhalten,

Erfolgreiche Klagswelle gegen Asylbescheide

Gegen fast alle ablehnenden Bescheide des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wird geklagt. Knapp die Hälfte aller Flüchtlinge, die gegen die Ablehnung ihres Asylantrags klagten, hatte 2017 damit vor Gericht Erfolg. Gut 44 Prozent aller Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, die inhaltlich entschieden werden, enden zugunsten der Flüchtlinge.

Unter denen, die vor den Gerichten Gnade finden, sind vor allem Syrer: Sie gewinnen in durchschnittlich 70 Prozent der Fälle in erster Instanz. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht allerdings regelmäßig in Berufung und konnte bisher in zweiter Instanz oftmals eine Bestätigung seiner negativen Entscheidung erreichen.

Wichtig ist der Status für den Familiennachzug. Die Angehörigen anerkannter Flüchtlinge dürfen nachkommen, für subsidiär Geschützte ist die Familienzusammenführung angesichts der explodierenden Kosten ausgesetzt worden.

Die Gesamtzahl der Klagen gegen Bamf-Entscheidungen dürfte sich 2017 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt haben: Bis Ende September waren bereits 273.000 Klagen eingegangen. Zugleich hat sich auch die Zahl der Gerichtsentscheidungen fast verdoppelt: In den ersten drei Quartalen 2017 gab es knapp 100.000 Urteile. Gut 20.000 Asylwerber haben Deutschland in den ersten neun Monaten 2017 „verlassen“, noch ehe über ihren Antrag entschieden worden war.



Asylwerber-Klagsflut in der BRD.

Erdogans Türkei so Provokation gegen

„Nazi-Koalition“ in Berlin nach „Österreichisierung“



Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan (rechts) setzt wieder einmal auf Provokation. Links: Kommissionschef Jean-Claude Juncker und Ratspräsident Donald Tusk.

Die türkische Regierung will die vom Verfassungsgericht angeordnete Enthaltung zweier Journalisten verweigern, der Europaminister kritisiert Österreich und Deutschlands Bedenken gegen die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen, und Staatspräsident Erdogan verordnet der Türkei einen strikt antim Amerikanischen Kurs.

„Das Fehlen von Maßnahmen, wie sie europäische Politiker vor 17 Jahren gegen die FPÖ von Jörg Haider getroffen haben, beweist, dass rechtsextreme Politik offenbar in der EU üblich geworden ist“, bedauerte der türkische Europaminister Ömer Celik das Fehlen von Sanktionen gegen die neue österreichische Bundesregierung.

Das Erstarken „rechtspopulistischer Parteien“ führe in der EU zu einer „Radikalisierung“ und stelle eine viel größere Gefahr für dieses Friedensprojekt dar als „Muslime oder Migration“, dozierte Celik gegenüber dem Nachrichtenmagazin „profil“.

Neue Berliner „Nazi-Koalition“

Und selbst Deutschland, das sich zuletzt um eine Entspannung des Verhältnisses bemüht hatte, erntete Kritik, weil CDU und SPD bei den Sondierungsgesprächen eine skeptische Haltung zur Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen an den Tag gelegt haben. „Wir können das eine ‚Österreichisierung‘ Deutschlands‘ nennen“, polterte Celik.

Unverblümt reagierten regierungsnahen Zeitungen. „Aksam“ titelte in der Online-Ausgabe gar: „Türkeifeindlichkeit der Nazi-Koalition“, um in der Druckausgabe dies auf „Dummkopf-Koalition“ abzuschwächen. Die Zeitung „Vatan“ fand, die einzige Gemeinsamkeit zwischen CDU und SPD liege in der „Gegnerschaft zur Türkei“.



Mit einem Angriff auf die von den USA in Syrien könnte Erdogan das fragile S

Jetzt wieder auf EU und USA

„Schutz Deutschlands“ – Gefährliches Spiel in Syrien



Evokation. Er will weitere „Heranführungsmilliarden“ von der EU – hier Kommando bei gleichzeitiger Aushebelung aller demokratischen Institutionen.

Erdogan provoziert USA

Nachdem die USA als Reaktion auf die Verhaftung zweier Botschaftsmitarbeiter in der Türkei eine Reisewarnung für die Türkei herausgegeben haben und ein US-Gericht einen Erdogan nahestehenden Bankier wegen der Verletzung der US-Sanktionen gegen den Iran verurteilt hat, schlug Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan zurück: Er erließ ebenfalls eine Reisewarnung für die USA und kündigte militärische Operationen gegen die von den USA unterstützte Kurdenmiliz YPG in Nordsyrien an.



unterstützen kurdischen YPG-Milizen Sicherheitsgefüge Syriens zerstören.

Er wolle damit „unsere südliche Grenze vom Terror säubern“, gab Erdogan als Grund vor, obwohl es die YPG-Milizen waren, die entscheidend zur Niederlage der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak und Syrien beigetragen haben.

Aus für Verfassungsgericht?

Eine weitere Front eröffnete die von Erdogans Gnaden amtierende Regierung gegen den Verfassungsgerichtshof. Dieser zählt neben der Zentralbank zu den letzten Institutionen, die von Erdogan und seiner Partei AKP noch nicht gesäubert worden sind.

Am vergangenen Donnerstag haben die Verfassungsrichter die Freilassung von zwei türkischen Journalisten angeordnet, die zu Unrecht seit mehr als einem Jahr inhaftiert seien. Die türkische Regierung kritisierte das Urteil scharf, und zwei Istanbuler Strafgerichte weigern sich seither, dem Verfassungsgericht Folge zu leisten und die Journalisten freizulassen.

„Das Verfassungsgericht hat mit diesem Urteil zweifellos die ihr von der Verfassung festgelegte Grenze der Befugnis und ihrer Aufgaben überschritten“, drohte Vize-Ministerpräsident und Regierungssprecher Bekir Bozdag den Verfassungsrichtern Sanktionen an.

KURZ UND BÜNDIG



Kein zweites Referendum

Die britische Regierung hat ablehnend auf einen Vorstoß der EU-Spitze zu einem möglichen Verbleib des Landes in der Europäischen Union reagiert. Ein Sprecher von Premierministerin Theresa May schloss am Dienstag in London ein zweites „Brexit“-Referendum aus: „Die Briten haben für einen Austritt aus der EU gestimmt, und das werden wir tun.“ – Das Angebot war am Dienstag von EU-Ratspräsident Donald Tusk und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unterbreitet worden. Falls die Briten ihre Meinung noch änderten, seien „unsere Herzen weiter offen für sie“, sagte Tusk im Europaparlament – und meinte wohl auch die EU-Kassen.

Links-islamistische Allianz

In Frankreich werden Juden zunehmend Opfer körperlicher Gewalt, und das in ihren Häusern und Wohnungen. „Es kommt regelmäßig zu Übergriffen, die für Beunruhigung und Angst in der jüdischen Bevölkerung sorgen“, erklärte der Antisemitismusbeauftragte der französischen Regierung, Frederic Potier, der Tageszeitung „Welt“. Frankreich kämpfe „gegen zwei Formen des Antisemitismus“, sagte Potier: Gegen den rechtsradikalen und gegen den immer stärker werdenden linksradikalen Antisemitismus, der den radikalen Islamismus unterstützte und Ereignisse im Nahen Osten mit sozialen Problemen hierzulande vermische.



EU-Parlament plant neue Masseneinwanderung

Dem Europäischen Parlament ist die Initiative der EU-Kommission zur Reform der Dublin-Regeln, insbesondere der Familiennachzug von Asylwerbern, zu hart. Das Ep will nun, dass nicht mehr automatisch das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für dessen Asylverfahren zuständig sein soll, sondern das Land, in dem bereits Angehörige des Asylwerbers leben. Dadurch müssten die Länder, die bereits bisher die Hauptlast der Masseneinwanderung von 2015 zu tragen hatten, mit einer weiteren Masseneinwanderung rechnen, die diejenige von 2015 sogar noch übertreffen würde.

Und noch eine schlechte Nachricht für Österreich zu diesen Überlegungen des Europaparlaments: nationale Asylbergrenzen würden damit ausgehebelt.

Besonders alarmierend ist, dass nach den Vorschlägen des Europaparlaments faktisch die bloße Behauptung einer Familienverbindung ausreichen soll, um in das

gewünschte Asylland zu kommen. „Im Ergebnis wäre ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche ‚Ankerpersonen‘ befinden, damit für weitreichende Familienverbände zuständig“, schlägt das deutsche Innenministerium in einer Stellungnahme zum Gesetzesvorschlag Alarm.

Pikant für die große Koalition in Berlin: Auch Abgeordnete von CDU und SPD haben der Verwässerung der Dublin-Regeln bereits ihren Segen gegeben.



Parlament gegen Dublin-Regeln.

TERMINE

24 Stammtisch der FPÖ Landstraße

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 24. Jänner 2018, zum Stammtisch. (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). FPÖ-Landtagsabgeordneter Leo Kohlbauer referiert über die „SPÖ-Nähe zum politischen Islam“. Beginn 19.30 Uhr.

25 Faschingsstammtisch in Penzing

Die FPÖ Penzing lädt am Donnerstag, dem 25. Jänner 2018, zu ihrem „Faschingsstammtisch“ in „Edi's Weinkeller“ (Linzer Straße 91, 1140 Wien). Um Erscheinen in Faschingsverkleidung wird gebeten. Beginn: 15.00 Uhr.

25 Seniorentreffen in Döbling

Der Wiener Seniorenring lädt am Donnerstag, dem 25. Jänner 2018, zum Seniorentreffen ins Cafe-Restaurant „Graf“ (Billrothstraße 19, 1190 Wien). Beginn: 15.00 Uhr.

27 Skifahrt mit Wellness-Ambiente

Die oberösterreichische FPÖ-Ortsgruppe St. Florian am Inn lädt am Samstag, dem 27. Jänner 2018, zu einer zweitägigen Skifahrt mit Wellness-Ambiente nach Bad Hofgastein. Anmeldung unter: 0664/735 562 72. Abfahrt: ADEG Parkplatz St. Florian um 6.00 Uhr.

1 Faschingsstammtisch in Andorf

Der Seniorenring Andorf lädt am Donnerstag, dem 1. Februar 2018, zum Faschingsstammtisch, ins Gasthaus „Kirchenwirt“ (Hauptstraße 18, 4770 Andorf). Beginn: 14.00 Uhr.

3 FPÖ-Ball in Rainbach/Innkreis

Die FPÖ-Ortsgruppe Rainbach/Innkreis lädt am Samstag, dem 3. Februar 2018, zum „FPÖ-Ball“ ins Gasthaus Hauzinger „Kirchenwirt“ (4791 Rainbach im Innkreis 9). Beginn: 20.00 Uhr.

LESER AM WORT

**Konzentriert**

Es bedarf schon eines besonders strukturierten Gehirnes, um im Fall Kickl diese Zusammenhänge herzustellen. Bemerkenswert auch, wie diese harmlose Bemerkung um die Welt fliegt. Ich glaube nicht, daß man in Washington die Aussagen österreichischer Minister so akribisch verfolgt. Zu den „aufgeregt Empörten“ im Fall Kickl gehört auch das DÖW. Über dieses DÖW fällt das Oberlandesgericht Wien 1998 ein Urteil, nach dem man das DÖW – neben anderen wenig schmeichelhaften Bezeichnungen – als „kryptokommunistisch“ bezeichnen darf.

Jürgen Jauch, Linz

**Semantische Spielchen**

Das ist typisch für die linke Gesellschaft. Anstelle vernünftiger und sachlicher Argumente greift man lieber zu semantischen Spitzfindigkeiten. Demnächst kann man vielleicht auch nicht mehr „Guten Morgen“ sagen, hat doch bestimmt

auch ein bekannter Nazi das einmal gesagt! Nicht umsonst hat die Mehrheit der Österreicher Rot und Grün abgewählt, weil sie von solchen Spielchen genug haben!

Wilhelm Peschka, Wien

Türkische Wut

Die aktuellen Beschimpfungen aus der Türkei in Richtung unserer neuen Regierung sind schon die Lächerlichkeit zum Quadrat. Denkt die Türkei etwa, sie kann sich alles erlauben? Dass die Türkei es genauso wenig verkraften kann wie die SPÖ selbst, dass die islamfreundliche SPÖ heute nicht mehr eine Regierung anführt, ist völlig logisch. Schließlich war ja die SPÖ gerade die letzten Jahre sichtlich bemüht, die radikalen Strömungen des Islam zu verharmlosen und auch dem politischen Islam in Österreich Tür und Tor zu öffnen. Auf traurige Weise lächerlich wird es dann, wenn ausgerechnet die Türkei, ein Land, das sich durch Erdogan endgültig in eine streng islamische Selbstherrschaft verwandelt, eine demokratisch gewählte Regierung als größte Gefahr für Europas Zukunft bezeichnet.

Christian Stafflinger, Linz

„Antifaschisten“

Würde ein Politiker im Parlament einen anderen Faschist nennen, gäbe es einen Ordnungsruf.

Ein juristischer Ordnungsruf an linke Organisationen, die selber wüten wie Faschisten, sollte baldigst folgen. Mir machen Hochschüler, die Faschismus nicht von Demokratie unterscheiden können, Angst. Noch mehr Angst macht mir eine Justiz, die dem hysterischen, hetzerischen Treiben dieser Demonstranten tatenlos zuschaut.

Armin Schütz, Wien

**Vermummungsverbot**

Ich war höchst erstaunt, als ich bei der Demo gegen die Regierung im „schwarzen Block“ vermummte Gestalten sah, die dazu auch noch mitten in der Menschenmenge mit pyrotechnischen Mitteln hantierten. Wie kann ein Staat noch ernst genommen werden, wenn er seine eigenen Gesetze – Stichwort Vermummungsverbot – nicht einhält und wenn die Polizisten bei Straftaten „wegschauen“?

Stephan Pestitschek, Strasshof

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



SPÖ zahlt zugesagtes Sozialgeld nicht aus

Versäumte Auszahlungen beweisen Totalversagen der Wiener SPÖ

Gegen die neue Regierung erhebt die Wiener SPÖ permanent den Vorwurf vom „Sparen bei den Armen“. Jetzt verweigert SPÖ-Sozialstadträtin Sandra Frauenberger Mindestsicherungsbeziehern die Nachzahlung von 60 Euro sowie die Anpassung der Leistung, kritisiert die FPÖ.

„Die ausbleibenden Zahlungen seitens der Stadt Wien bei der Mindestsicherung sind lediglich ein weiterer Beweis dafür, dass die SPÖ in Wien nach der Gesundheits-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik jetzt auch bei der So-



Dominik Nepp: „Die SPÖ spart nur bei der Wiener Bevölkerung!“

zialpolitik komplett gescheitert ist“, stellt der designierte FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp fest.

Während die Genossen geplante Reformen der neuen Regierung prompt als „unsozial“ anprangern, handeln sie selbst so. Konkret gehe es um eine Vielzahl von Mindestsicherungsempfängern, die vergeblich auf die ihnen versprochene Auszahlung der Erhöhung dieser Sozialleistung gewartet und sich als letzten Ausweg an die Medien wandt hätten, betonte Nepp.

SPÖ bricht Versprechen

„Eine Nachzahlung von 60 Euro sowie die Anpassung von monatlich 837 auf 844 Euro blieben ohne Begründung aus. Die SPÖ scheint einmal mehr nicht zu halten, was sie verspricht“, empörte sich der designierte Vizebürgermeister.

Er machte für diese Versäumnisse die SPÖ-Sozialstadträtin Sandra Frauenberger verantwortlich und kritisierte diese scharf: „Die Tatsache, dass die SPÖ es nicht für nötig empfindet, jene Ziele zu erreichen, die sie sich selbst auferlegt hat, zeugt vom Totalversagen der roten Sozialpolitik.“

Nepp fordert Frauenberger und die rot-grüne Wiener Stadtregierung auf, die versprochenen Zahlungen umgehend an die Betroffenen zu leisten. Bei den Asylwerbern, die nach Wien strömten, habe Rot-Grün sich großzügiger gezeigt.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Hie und da fahr' ich nach Heiligenkreuz. Ist ja schon der Heiligenkreuzerhof im ersten Bezirk ein Labsal für's Auge, so steht der Ort im Wienerwald dem Zauber nicht nach.

Achtung achtzig

Erstens, weil's im Gasthof erstklassiges Essen gibt (ich bekomme für dieses Lob keine Extraportion), und zweitens und vielleicht doch vor allem, weil das ganze Stift eine Augen- und abends, beim Gesang der Benediktinerinnen, eine Ohrenweide ist.

Und da fahr' ich über die A21. Auf ihr gilt aus mir nicht einsehbar Gründen eine Tempobeschränkung auf 80 Stundenkilometer. Trotz der attraktiven Schallschutzmauern, hinter denen eh niemand wohnt. Bis man die Höhe von Gießhübel erreicht, und von hier an darf man den üblichen Autobahn-130er fahren.

Knapp vor dieser Erlaubnis aber sei der geschätzte Autofahrer auf der Hut. Nur etwa 200 Meter davor nämlich gibt's eine praktische Ausbuchtung der Fahrbahn, und dort lauert so mancher Exekutivbeamte mit der berühmten Laserpistole. Wehe dem Fahrer, der hier den 80er überschreitet.

Und da kommt mein Dank an Kickl und Hofer. Die zwei wollen sinnlose Radarkastln und Laserkontrollen abschaffen.

Das mögen sie bald tun. Auch wenn's Herrn Ex-BP Fischer womöglich missfällt...

EINLADUNG GASTHAUSSTERBEN - SOZIALE BEGEGNUNGSSTÄTTE IN GEFAHR

DATUM: DIENSTAG, 30. JÄNNER 2018
BEGINN: 19:00 UHR (EINLASS 18:30 UHR)
ADRESSE: PALAIS PALFFY, FIGAROSAAL 1. STOCK
JOSEFSPLATZ 6, 1010 WIEN

Begrüßung: **Johann Herzog**
Präsident der Freiheitlichen Akademie Wien

Einleitung: **Ferry Bauer**
Gastronomiesprecher der
Freiheitlichen Wirtschaft Wien

Vortrag: **Univ. Prof. Dr. Roland Girtler**
Kulturanthropologe

Anmeldung erbeten: akademie-wien@fpoe.at
oder unter der für diese Veranstaltung
eingerichteten Anmeldehotline:
01/406-75-17 (10:00-14:00 Uhr)

Nach der Präsentation laden wir zu Erfrischungsgetränken
ACHTUNG: Aufgrund der begrenzten Platzanzahl ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich



akademie-wien@fpoe.at

BURGENLAND **Pflegemängelerhebung**

Seit Jahren haben die Freiheitlichen auf die Dringlichkeit der Ausbildung von Pflegepersonal hingewiesen. Neben der demografischen Entwicklung zeigt auch die Pflegepersonalbedarfsprognose der Vorarlberger Landesregierung entsprechenden Handlungsbedarf. FPÖ-Sozialsprecherin Cornelia Michalke fordert von der zuständigen grünen Landesrätin Katharina Wiesflecker konkrete Maßnahmen, um dem Mangel entgegenzusteuern. Dazu stellt sie eine Anfrage an Wiesflecker, um Zahlen und Fakten in Erfahrung zu bringen.

VORARLBERG **Mehr Hausärzte**

Vorarlberg braucht eine Stärkung des Hausarzt-systems und nicht dessen Aushöhlung, kritisierte FPÖ-Gesundheits-sprecher Hubert Kinz. Aber der zuständige ÖVP-Landesrat Christian Bernhard versuche, die Situation schönzureden, und die Verantwortlichen der Vorarlberger Gebietskrankenkasse würden dazu nur „den Kopf in den Sand stecken“.



Foto: FPÖ Vorarlberg

TIROL **Platters Tunnel-Träume**

„Pünktlich zum Wahlkampfbeginn entdeckt ÖVP-Landeshauptmann Günter Platter, dass da hinter dem Fernpass ja ein Bezirk liegt, der auch zu Tirol gehört“, vermutet der FPÖ-Bezirksobmann von Reutte, Fabian Walch, die „plötzliche Liebe Platters“ zum Fernpass-scheitel-Tunnel und Tschirgant-Tunnel. Bereits in den 1960er-Jahren wurde ein Tunnel unter dem Fernpass diskutiert. Die Tiroler ÖVP hat es bis heute nicht für wert befunden, den Bezirk Reutte hier zu unterstützen, erinnerte Tirols FPÖ-Landeschef Markus Abwerzger: „Lediglich einige ‚Symptombehandlungen‘ wie die Umfahrung in Heiterwang oder die Begradigung der Kurve am Katzenberg. Platters Scheiteltunnel ist ebenfalls nur ein kostspieliges Stückwerk, das nur eine weitere Blockabfertigung mit dazugehörigem Stau bringen wird.“

Mahr: Umfassende Reform der Gemeindeaufsicht ist notwendig

Bericht des Landesrechnungshofes zeigt jahrelanges „Wegschauen“ auf

FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr fordert Konsequenzen aufgrund der „haarsträubenden“ Ergebnisse der Sonderprüfung der Gemeindeaufsicht.

„Der Prüfbericht deckt schonungslos auf, welche chaotischen Zustände bis 2015 im Bereich der Aufsicht und Finanzierung von Gemeinden geherrscht haben. Nun erwarte ich mir Konsequenzen auf allen Ebenen“, kommentiert Mahr den Bericht des Landesrechnungshofes (LRH).

FPÖ leitet Reform ein

Ende 2016 hat die neue, schwarzblaue Landesregierung den LRH mit einer Sonderprüfung der Gemeindeaufsicht beauftragt. Grund waren unter anderem die andauernden Mißstände bei Bautätigkeiten in der Gemeinde St. Wolfgang im Salzkammergut. Zusätzlich sollte der LRH die Vorgehensweise der

OBERÖSTERREICH 

Foto: Andreas Meisinger/epb.at

FPÖ-Klubchef Mahr fordert Konsequenzen nach LRH-Bericht.

Berichterstellung von Gebarungsprüfungen genauer durchleuchten.

Dass ganze Absätze eines Prüfberichts ungerechtfertigt gestrichen oder verändert wurden, damit dessen Ergebnis geschönt werde, bezeichnet Mahr als katastrophale

Vorgehensweise in der Gemeindeaufsicht: „Unser jetzt zuständiges FPÖ-Regierungsmitglied, Landesrat Elmar Podgorschek, hat umgehend alle notwendigen Schritte in die Wege geleitet, um das System in Ordnung zu bringen.“

KÄRNTEN **Grüne Arroganz der Macht**

„Das ist die Arroganz der Macht des Naturschutzreferenten“, kommentiert der Kärntner FPÖ-Landeschef Gernot Darmann die Zwangsverordnung, mit welcher der Grüne Landesrat Rolf Holub vergangene Woche in der Landesregierung die fehlenden Teile des Nationalparks Hohe Tauern als Na-

tura 2000-Gebiete melden und als Europaschutzgebiet fixieren will.

Statt im Konsens und im Dialog mit den Bewirtschaftern wolle Holub dies gegen die Einsprüche von hunderten Grundeigentümern und ohne jede Absprache mit ihm, Darmann, als Nationalparkreferenten durchboxen, empörte sich der FPÖ-Landesrat.

Es wäre Aufgabe der Naturschutz-Verantwortlichen, mit den Grundeigentümern eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und Garantien abzugeben, um die von diesen befürchtete schleichende Enteignung durch das Natura-2000-Regime abzuwehren.

Was fehle, sei eine genaue Benennung der Schutzgüter und die Festlegung zu deren Schutzgrenzen, die Modalität für entsprechende Entschädigungszahlungen und die Haftung für die erhöhten Wildschäden in Jagdruhezonen, zählte Darmann auf: „Darüber setzt sich Holub in seiner Arroganz hinweg!“



Foto: FPÖ Kärnten

Gernot Darmann entsetzt über grünen „Drüberfahr-Entscheid“.

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Niederösterreich

Hausarzt für zehn Wochenstunden?

Seit Anfang Jänner hat die 4.400-Einwohner-Gemeinde Eggen-dorf keinen Hausarzt mehr. „Ein klassisches Beispiel für den landesweiten Ärztemangel. Obwohl die Stelle seit September zweimal ausgeschrieben wurde, fand sich kein Allgemeinmediziner“, schlug FPÖ-Gesundheits-sprecher Martin Huber Alarm. Die Ursache: Die NÖGKK hat in der Ausschreibung nur zehn Wochenstunden genehmigt. „Mehr als 4.400 Gemeindebürger sollen also mit einem ‚Zehn-Stunden-Hausarzt‘ abgespeist werden. Das ist ein Skandal!“, empört sich Huber.

TIROL 

Wollen zusammen das verkrustete Alt-ÖVP-System in Tirol aufbrechen: HC Strache und Markus Abwerzger.

Das verkrustete „System ÖVP“ in Tirol aufbrechen!

FPÖ will „schwarz-grüne Regierung der sozialen Kälte“ ablösen

Mit dem Ziel, die schwarz-grüne Landesregierung nach dem 25. Februar abzulösen, startete die Tiroler FPÖ in den Landtagswahlkampf.

Vor rund 800 Sympathisanten und mit einer mehr als zweistündigen, mit Show-Einlagen bestückten Auftaktveranstaltung sind die Tiroler Freiheitlichen im Innsbrucker Congress als erste Partei in den Landtagswahlkampf gestartet.

Landesparteichef Markus Abwerzger rechnete in seiner Rede mit der Politik der schwarz-grünen Landesregierung ab: „Wir wollen

ein besseres Tirol ohne dieses verkrustete schwarze System, das eine Landesregierung der sozialen Kälte stellt“, erklärte Abwerzger und stellte unter dem Applaus der Besucher klar, wer das ändern könnte: „Wir Freiheitlichen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen!“

Schwarz-Grün ablösen

Es stehe nicht die „türkise ÖVP“ von Bundeskanzler Sebastian Kurz zur Wahl, sondern die „tiefschwarze Tiroler ÖVP“, mit der ein Wandel unmöglich sei, sagte Abwerzger.

Bundesparteiobmann HC Strache lobte die Arbeit der neuen

Bundesregierung. Diese habe in drei Wochen mehr erreicht als die „Jammersozialisten“ in den vergangenen zwölf Jahren. So habe die SPÖ gejamert, dass sie wegen der ÖVP nichts zustandebringe. „HC Strache macht’s möglich: Die ÖVP will“, zeigte der FPÖ-Chef auch den Weg für die Tiroler auf.

Die Koalition der ÖVP mit den „linkslinken grünen Marxisten“ müsse gestoppt werden. „Eine Verdoppelung der FPÖ ist drinnen“, zeigte sich der FPÖ-Chef optimistisch. Er hoffe, Abwerzger nach der Wahl als Landeshauptmannstellvertreter in Wien „begrüßen“ zu können.

Rot-schwarze Untätigkeit

Vor fünf Jahren hat der Verfassungsgerichtshof das generelle Bettelverbot in der Steiermark als verfassungswidrig aufgehoben. Die Freiheitlichen fordern seitdem eine verfassungskonforme Lösung und haben auch schon entsprechende Anträge eingebracht.

Konkret geht es darum, das Haus-zu-Haus-Betteln und die gewerbsmäßige Bettelei zu verbieten. Zudem sollten die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, sektorale Bettelverbotszonen verordnen zu können. „Mit einem neuen Gesetz

könnte man der Bettelmafia endlich den Riegel verschieben. Die Untätigkeit von SPÖ und ÖVP führt dazu, dass Menschen in der Steiermark nach wie vor durch organisierte Bettelbanden ausgebeutet werden“, erklärte der designierte steirische FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann und wies darauf hin, dass auch schon die ÖVP in der Landeshauptstadt Graz – im Gegensatz zur Landespartei – bereits restriktivere gesetzliche Vorschriften auf dem Petitionswege eingefordert hat.

STEIERMARK 

Rot-schwarze Landesregierung bleibt untätig zu Bettelverbot.



Markus Abwerzger
FPÖ-Landesparteiobmann Tirol

Wir Tiroler Freiheitliche setzen in Sachen Transit auf unseren Infrastruktur- und Verkehrsminister Norbert Hofer. So konnte ich wenige Tage nach der Angelobung mit ihm intensive Gespräche zur Verkehrsbelastung führen.

2,25 Millionen Lkw wurden 2017 an der Zählstelle Schönberg gezählt. Dieser traurige Rekordwert ist das Produkt der Verkehrspolitik der schwarz-grünen Landesregierung.

Aktiv gegen Transit

Alleine die Blockabfertigung löst keine Probleme und trifft die heimischen Frächter genauso wie die Mülltransporter, die aus Italien nach Deutschland fahren und dem Land keine Wertschöpfung bescheren. Sie verursachen aber jenen Kohlenstoffdioxid-Ausstoß, der die Tiroler Luftqualität massiv belastet und für Erkrankungen und Lärmbelästigung der Tiroler Bevölkerung ursächlich ist.

Die Wiedereinführung eines tauglichen sektoralen Fahrverbotes wäre seit Jahren möglich, denn 30 Prozent des Lkw-Verkehrs in Tirol ist reiner Ausweichverkehr. Daher braucht es dringend Verhandlungen mit anderen Transitstaaten wie etwa der Schweiz.

Ebenso muss die Rollende Landstraße (ROLA) ausgebaut werden. Sie muss günstiger und flexibler werden, damit sie wieder attraktiver für die Frächter wird.

Daher werde ich selber eine Tour machen. Ich werde mit einem einheimischen Obst- und Gemüsefrächter eine Zwei-Tages-Tour unternehmen, um ein persönliches Bild vom Verkehr zu bekommen, aber auch um mich über die Bedingungen für die Lkw-Fahrer zu informieren.

GEZWITSCHER



Lara Hagen

@Laranschgi



wenig überraschend: auf @krone_at versteht die mehrheit (79%) die aufregung um #kickl nicht.

12.01.18 00:39

Dafür aber die Gedankenpolizei im „Standard“, die beim Wort „konzentriert“ im Zusammenhang mit Asylwerbern sofort den Antifaschismus-Alarm ausgelöst hat.

besserlängerleben.at

@GrafFriedrich



Irgendwie ist es durchschaubar wenn sich die #spoe jetzt aufregt wenn die jetzige Regierung bei Niedrigverdienern nichts ändert und endlich den fleißigen Mittelstand entlastet. Durchschaubar Hr. #kern

11.01.18 22:23

„Entlastung“ war und ist für die SPÖ ja noch immer ein Fremdwort.

WHATSAPP



Schluss mit lustig! Heimaturlaube von Flüchtlingen, Asylmissbrauch oder Asyl bei falscher Altersangabe gehören künftig der Vergangenheit an. Dafür macht sich unser Innenminister Herbert Kickl stark

GEFÄLLT MIR



HC Strache

16.01.2018

Es wird immer absurder. Der ehemalige SPÖ Minister versucht seine EIGENEN Versäumnisse der neuen Regierung in die Schuhe zu schieben!



Doskozil kritisiert FPÖ: „Zu wenige Abschiebungen“ Der frühere SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil, unter dem nur ein einziges Mal abgelehnte Asylwerber mittels Hercules-Transportflugzeug...

KRONE.AT

653 Personen gefällt das.

Die gesamte SPÖ-Ministerriege samt Ex-Kanzler Christian Kern leidet wohl unter Amtsverlust-Amnesie.

Journalismus 2018: Belehrung und Selbstverwirklichung

Bereits weniger als die Hälfte an „neutraler“ Information interessiert

Eine Umfrage unter deutschen und österreichischen Journalisten bestätigt die gängigen Vorwürfe der „Lügenpresse“ oder der „Lückenpresse“.

Das österreichische Meinungsforschungsinstitut Marktagent aus Baden bei Wien fragte vor kurzem mehr als 630 deutsche und österreichische Journalisten nach ihren Wünschen, Vorlieben und ihrem Berufsverständnis.

Behören statt informieren

Das Ergebnis erschüttert: Für nicht einmal mehr die Hälfte der österreichischen Journalisten (48,6 Prozent) bedeutet der Beruf als Journalist vorrangig, Informationen auf neutrale Art und Weise der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Bedeutung des Berufs als JournalistIn:



Kein Interesse mehr an neutraler Information der Öffentlichkeit.

Dagegen will ein Drittel über den Journalismus „etwas in Bewegung bringen“, 27 Prozent wollen lediglich „in für mich besonders interessante Themen eintauchen“ und ein knappes Viertel die „Menschen zum Umdenken bewegen“ – also persönliche Selbstverwirklichung und linker „Belehrungsjournalismus“ als Berufsmotive.

Die Aufgabe, Mißstände aufzudecken, findet nur noch ein Drittel interessant, wofür vor allem die rot-grüne Wiener Stadtregierung dankbar ist und das auch über großzügige Inseratenspenden zum Ausdruck bringt. Allein 2015 spendierte sie den aufdeckungsdesinteressierten Medien 46 Millionen Euro an Werbeeinschaltungen.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Vom gelungenen Wahlkampf-Auftakt der Tiroler FPÖ schwärmte sogar die „Kronen Zeitung“. Mehr als 1.000 Besucher drängten in die Dogana, um die Freiheitlichen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl



und natürlich auch Vizekanzler HC Strache live zu erleben. Vom blauen Schwung auf Bundesebene will natürlich auch die Tiroler FPÖ am 25. Februar bei der Landtagswahl profitieren und zweitstärkste Partei werden.

Als Expertenblatt in Sachen „Fake-News“ gegen die FPÖ entpuppt sich



immer mehr „Der Standard“. Die FPÖ-Infrastrukturminister Norbert Hofer angelastete Abgastest-Verweigerung stammt nämlich noch von Hofers

Amtsvorgänger aus der SPÖ, Jörg Leichtfried.

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

JETZT NEU

HC Strache und die FPÖ auf Instagram

www.instagram.com/fpoe_at

www.instagram.com/hcstrache

Saufen, singen, marschieren ohne Radetzkmarsch

Ein Versuch zu den letzten Tagen der Habsburger-Monarchie am Wiener Burgtheater

Jö, war das lustig! Dreieinhalb Stunden lang flogen oder bewegten sich langsam große und kleine und mittlere Ballons, grün, weiß, rot, blau, gelb, grau, über die Bühne!

Manche flogen langsam auch ins Publikum. Dann schoss ihn jeweils ein Gast zurück über die Rampe, ach, war das interaktiv!

Ja, und die Darsteller waren fast alle nur in Unterhosen zu sehen, am Oberkörper hatten sie meist ein Sakko oder eine Uniformjacke an. Auch das war lustig!

Eine Dame spielte auch mit, sie mimte eine Nymphomanin, kraxelte deswegen sogar zu den Männern in den ersten Reihen, und auch darüber konnte man lachen.

Nicht ganz Roth-los, aber ratlos

Und warum das alles?

Weil man dort, auf der Bühne des Burgtheaters, „Radetzkmarsch“, angeblich nach dem gleichnamigen Roman von Joseph Roth, spielte. Bearbeitet von Koen Tachelet, unter der Regie von Johan Simons.

Jaja, der Joseph Roth kam wirk-

lich auch zum Zug. Mitunter sogar recht langweilig, denn sehr häufig wurde auf der sonst so lustigen Bühne nur deklamiert. Es war dann wie eine Lesung, halt nur im Stehen, und da kamen echte Roth-Zitate zu ihrem Recht.

Der Retter des Kaisers in der Schlacht von Solferino, der junge Trotta, und seine Nachfahren, der Bezirkshauptmann und dessen Sohn, der zwar beim Militär ist, weil es Papa so wollte, aber dort keine Erfüllung findet, kommen mit Roth-Texten und deren Verballhornung zu Wort. Falk Rockstroh und Philipp Hauß machen das ausgezeichnet.

Johann Adam Oest ist manchmal der Maler Moser und manchmal, gottlob nicht im üblichen Franz-Joseph-Look, der Kaiser.

Zufall oder Schicksal

Der Untergang der Monarchie mit dem Attentat auf den Thronfolger wird zunächst weggesoffen, ungläubig verleugnet, schließlich aber, und das ist eine wirklich er-



Mehr ratlos als Joseph Roth: „Radetzkmarsch“ am Burgtheater.

greifende, wenn auch kurze Episode, eine von Johann Adam Oest als Kaiser hilflos ausgesprochene Tatsache. Da sagt er zweimal schwach in den Trubel hinein nichts anderes als: „An meine Völker!“ Dass mir dabei unter Tränen die derzeitige EU einfiel, möge man mir vergeben.

Und auf Wiens Super-Bühne wurde wieder einmal per „Kaffe“ etc. drauflosgepiefket. Es fällt aber niemandem mehr auf.

Zuerst also auf Zeitungs-, dann auf Buchpapier, sodann per Hörspiel, später auf der Leinwand und hierauf auf dem TV-Schirm, landete Roths Jahrhundertroman jetzt also auf der Bühne.

1776, belehrt uns das Programmheft fehlerhaft, denn es bezeichnet die Gute als „Kaiserin“, was sie niemals war, schaffte Maria Theresia die Folter ab.

Mit dieser Inszenierung führte die Burg sie wieder ein. *hw*

Ein Südtiroler im Vorstand der FPÖ-Bundesjugend

Beim 27. Ordentlichen Bundesjugendtag der Freiheitlichen Jugend Österreich wurde mit dem Jugendkoordinator der Südtiroler Freiheitlichen und Landtagsabgeordneten Hannes Zingerle erstmals ein Südtiroler in den Bundesjugendvorstand aufgenommen.

„Es ist für mich eine große Ehre und Auftrag zugleich, Mitglied des

Bundesvorstandes der FPÖ-Jugendorganisation sein zu dürfen“, freute sich Zingerle.

Bereits seit vergangenen Sommer fanden mehrere Gespräche in Tirol, Wien, Oberösterreich und der Steiermark mit Funktionären der Freiheitlichen Jugend Österreich über die Vertretung Südtirols in der Jugendorganisation statt.



Hannes Zingerle (links) mit dem diesjährigen Gastgeber des Neujahrstreffens, Niederösterreichs Spitzenkandidat Udo Landbauer.



Mittendrin statt nur dabei: Facebook-Gewinnerin Gerlinde mit Vizekanzler HC Strache und Herbert Kickl beim Neujahrstreffen.

Mit Herbert Kickl mittendrin beim Neujahrstreffen

Frau Gerlinde aus der Steiermark wird der 13. Jänner 2018 wohl im Gedächtnis bleiben. Die Gewinnerin von Herbert Kickls „Facebook-Like-Gewinnspiel“ erlebte das Neujahrstreffen der Freiheitlichen in der Vösendorfer „Pyramide“ an der Seite des FPÖ-Innenministers, mittendrin im Geschehen.

Nach dem etwas mulmigen Gedränge beim Einzug der FPÖ-Parteispitze saß sie „fußfrei erste Reihe“ am Tisch der Ministerriege, neben ihrer steirischen Landsfrau und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein. Zum Abschluß gab's noch einen Geschenkkorb und ein Autogramm des Innenministers.



„Viele kleine Schritte sind notwendig, um auf den Gipfel zu kommen ...“

HC Strache

Zusammen. FÜR UNSER ÖSTERREICH. REGIERUNGSPROGRAMM 2017 – 2022

Am 18. Dezember 2017 wurde die neue Bundesregierung angelobt, schon zwei Tage zuvor haben der nunmehrige Vizekanzler HC Strache und der Bundeskanzler Sebastian Kurz das Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“ der Öffentlichkeit präsentiert.

Es ist dem FPÖ-Verhandlungsteam gelungen, die freiheitliche Handschrift in diesem Regierungsprogramm deutlich sichtbar zu machen. Sie findet sich in weit mehr als 50 Prozent der beschlossenen Maßnahmen, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden sollen. In vielen Bereichen wurden Kompromisse geschlossen, die jedoch allesamt ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung freiheitlicher Kernforderungen sind.

Die Regierungsmitglieder der FPÖ sind:

- Heinz-Christian STRACHE
Vizekanzler und Bundesminister für Öffentlichen Dienst und Sport
- Ing. Norbert HOFER
Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
- Herbert KICKL
Bundesminister für Inneres
- Dr. Karin KNEISSL
Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres
- Mario KUNASEK
Bundesminister für Landesverteidigung
- Mag. Beate HARTINGER-KLEIN
Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

und Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

- MMag. DDr. Hubert FUCHS

Damit Sie sich ein Bild von den Zielen und Maßnahmen der neuen Regierung machen können, hat das FPÖ-Bildungsinstitut eine Broschüre erstellt, aus der das alles kurz und bündig ersichtlich wird.

! Diese Broschüre erhalten alle Parteimitglieder in den nächsten Tagen per Post, allen weiteren Interessenten schicken wir gerne ein Exemplar zu. !

Bestellung im FPÖ-Bildungsinstitut:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder
per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

www.fpoe-bildungsinstitut.at